

Herrn Bundesminister
Peter Altmaier
Bundesministerium für Wirtschaft und Energie
Scharnhorststr. 34-37
10115 Berlin

Hagen, 25. Oktober 2021

Energiekostensteigerungen

Sehr geehrter Herr Bundesminister Altmaier,

die energieintensive Zulieferindustrie ist akut existenziell gefährdet! Die Situation erfordert unmittelbares Handeln.

Neben gravierenden Einflüssen der Vormaterialverknappung und -verteuerung sowie der Volatilität in den Auftragsabrufen aufgrund der Halbleiterkrise ist sie aktuell mit einer noch nicht gekannten Energiekostenexplosion konfrontiert. Die durch die unterzeichnenden Verbände vertretene Industrie wird als energieintensive Branche besonders hart von den signifikanten Kostensteigerungen im Strom- und Gaseinkauf getroffen.

Der Strompreis für den Bezug im Jahr 2022 ist seit Oktober 2020 von rund 40 €/MWh auf über 128 €/MWh (Base-Load) gestiegen, der Gaspreis in demselben Zeitraum von unter 30 €/MWh auf knapp 130 €/MWh (zwischenzeitlich sogar auf 160 €/MWh). Während die abgesenkte EEG-Umlage eine leichte Milderung des Anstiegs der Strompreise bewirkt, kommt auf die Entwicklung bei Erdgas die Anfang 2021 eingeführte CO₂-Bepreisung noch hinzu.

Kalkulation Stromkosten (Annahme: Konstanz der Umlagen, deren Höhe in dieser Woche veröffentlicht werden)

Jahr / Preise in Cent/KWh	Arbeitspreis	Netzentgelt	Umlagen/Steuer	Summe	Kostenanteil*
2021	4,8	4,0	8,838	17,638	3 bis 5%
2022	12,8	4,4	6,085	23,285	4 bis 6,5%

**Energieintensive Unternehmen der Branche*

Kalkulation Erdgas

Jahr / Preise in Cent/KWh	Arbeitspreis	Netzentgelt	Umlagen/Steuer	Summe	Kostenanteil*
2021	3,0	0,8	0,55	4,35	1 bis 2%
2022	13,0	0,8	1,05	14,85	3,5 bis 7%

**Energieintensive Unternehmen der Branche*

Allein der zu erwartende Strompreisanstieg reduziert die Gewinnmarge um 1 bis 1,5%. Die Entwicklung der Erdgaspreise führt zu einer zusätzlichen Margenminderung um 2,5 bis 5%.

Die durchschnittliche Gewinnmarge des Wirtschaftszweiges 25 (Herstellung von Metallzeugnissen) lag im Jahr 2019 bei lediglich 1,5% (Quelle: Kostenstrukturstatistik des Statistischen Bundesamtes).

Energiekostensteigerungen sind üblicherweise in den Lieferverträgen zwischen unseren Mitgliedsunternehmen und ihren Kunden ausgeschlossen. Die aktuellen Energiekostensteigerungen müssen somit ausschließlich von den Zulieferern getragen werden. Das Ausmaß dieser Steigerungen führt dadurch zu hochgradig defizitären Aufträgen. Hieraus resultieren unzumutbare wirtschaftliche Verluste, die von unseren Mitgliedern nicht mehr zu tragen sind und eine zunehmend existenzielle Bedrohung darstellen.

Auftragskündigungen von Lieferantenseite bis hin zu weiteren Insolvenzen – erste mussten wir bereits in unseren Branchen verzeichnen – zeichnen sich mehr als deutlich ab.

Sehr geehrter Herr Altmaier, wir bitten Sie, schnellstmöglich eine Entspannung der Lage herbeizuführen. Die Situation erlaubt kein Abwarten auf eine neu gebildete Regierung, sondern erfordert beherztes Handeln der aktuellen politischen Entscheidungsträger! Dies kann gelingen durch

- eine sofortige und vollständige Abschaffung der EEG-Umlage,
- eine sofortige Aussetzung des nationalen CO₂-Preises,
- eine rasche Reduzierung aller Energiesteuern auf die europäischen Mindestsätze und
- eine zeitnahe Entwicklung eines europäischen Konzepts für einen Industriestrompreis.

Die Absenkung der EEG-Umlage ab dem kommenden Jahr um 2,277 Cent/KWh gegenüber der politisch geplanten Höhe von 6 Cent/KWh hilft in Relation zur Entwicklung des Gesamtpreises nicht. Die stromintensiven Betriebe der Branche, die eine geringere EEG-Umlage zahlen, werden ohnehin kaum zusätzlich entlastet. Der Strompreis muss jetzt von der EEG-Umlage, der KWK-Umlage und der Offshore-Netzumlage vollständig und von Steuern weitestmöglich entlastet werden. Zudem brauchen wir perspektivisch einen europaweiten Industriestrompreis auf niedrigem Niveau, um international wettbewerbsfähig zu werden.

Auch der nationale CO₂-Preis sollte im Rahmen der Überarbeitung der EU-Emissionshandelsrichtlinie und der Lastenteilungs-Verordnung in ein europäisches System überführt werden. Der industrielle Mittelstand in Deutschland darf nicht schlechter gestellt werden als der europäische Wettbewerb. Um eine kurzfristige Entlastung zu erzielen, könnte das BEHG jetzt ausgesetzt werden, bis sich der Preis wieder auf einem normalen Niveau stabilisiert. Das politische Ziel der Verteuerung fossiler Energien ist auch ohne die Zusatzabgabe erreicht.

Wir bitten Sie um Unterstützung dieser Ansätze und um eine konstruktive Aufnahme unserer Forderungen.

Auf Ihre Rückmeldung freuen wir uns.

Freundliche Grüße

A handwritten signature in blue ink, reading "Udo Kuhl B. Jacobs". The signature is written in a cursive style and is positioned to the right of a small, partially visible stamp or logo.

Industrieverband Massivumformung e. V. (IMU) www.massivumformung.de
Industrieverband Blechumformung e. V. (IBU) www.industrieverband-blechumformung.de
Deutscher Schraubenverband e. V. (DSV) www.schraubenverband.de
Fachvereinigung Kaltwalzwerke e. V. (FVK) www.fv-kaltwalzwerke.de
Eisendraht- und Stahldraht-Vereinigung e. V. (ESV) www.drahtverband.org

Goldene Pforte 1 – 58093 Hagen – fon: +49 2331 9588-0
E-Mail: info@massivumformung.de